

Attac Frühjahrsratschlag 2023

Loseblattsammlung

Inhalt

V14	2
V12.1	3
R6.1	5
R10.1	5
R11.1	7
RÄ7.1	8
RÄ13.1	8
RÄ13.2	9
Übernahmen EÄ1–5	10
Übernahmen EÄ6–28	10
EÄ33–41	12
EÄ48	13
EÄ49–56	23

Verspätet eingereichte Vorschläge

V14

Delegierte sind an die Beschlüsse ihrer entsendenden Gruppen gebunden

Antragssteller*innen:

Barbara Vollhard, Attac Freiburg
Christine Weber-Herfort, Attac Regionalgruppe Itzehoe
Eilhard Stelzner, Attac RG Itzehoe
Merle Ontrup, Attac Itzehoe
Manfred Bauer, Attac München
Sabine Köhler, Attac München
Michael Köhler, Attac München

Delegierte sind an die Beschlüsse ihrer entsendenden Gruppen (Regional- und Projektgruppen, Mitgliedsorganisationen) gebunden und haben kein freies Mandat.

Begründung

Wenn zentrale urdemokratische Charakteristika größtenteils negiert werden, lässt sich die Annahme, »repräsentative Demokratie« bei Attac sei demokratisch (nur eben irgendwie anders als die klassische Demokratie), nicht einfach aufrechterhalten.

Denn die Partizipation der Vielen als Freie und Gleiche als Kernversprechen der Demokratie werden ersetzt durch die Wahl von Eliten, die die rechtlosen Fördermitglieder (von der Wahl Delegierter abgesehen) politisch weitgehend exkludieren.

Die undemokratische Repräsentation wird als demokratisch bezeichnet, die Repräsentation wird jedoch dadurch ungleich, dass die Delegierten die echten Entscheidungsträger*innen sind; diese Trennung aus einfachen Mitgliedern (UntertanIn) und Delegierten (RepräsentantInnen) widerspricht den originär-demokratischen Prinzipien der Selbstherrschaft und Gleichheit.

Geänderte Vorschläge

V12.1

Antrag an den Ratschlag: Attac-D beschließt ein Untersuchungsprojekt zum Thema:

Kriegs-Propaganda dekonstruieren! Ökonomie von Militarisierung und Krieg untersuchen und offenlegen!

Antragsteller: Matthias Jochheim (Attac-BAG Globalisierung und Krieg)

Aufgabenstellung: wir brauchen so etwas wie eine Pathophysiologie von Rüstung und Krieg, also Erkenntnisse zu deren tieferen Ursachen, zu deren pathologischen Wirkmechanismen, also: ein Verständnis dieser potenziell weltzerstörenden Funktionsstörung des internationalen Zusammenlebens. Dazu gehört unabdingbar auch die Analyse der dazugehörigen Ideologien der Kriegstreiber‘innen, und der Möglichkeiten gesellschaftlicher Immunisierung, also Entwicklung wirkungsvoller politisch-sozialer Abwehrkräfte.

Diese Untersuchung soll sich auf die wichtigsten globalen Militärmächte erstrecken, also USA/ NATO sowie EU einerseits, Russland und VR China andererseits.

Begründung:

Ökonomie als Quelle von Gewalt und Krieg:

John Heartfield hat es 1932 in einer Bildmontage mit Hyäne auf den drastischen Begriff gebracht: „Krieg und Leichen - Letzte Hoffnung der Reichen“.

Nachdem die Nazis – bekanntlich mit Unterstützung wesentlicher Vertreter des deutschen Großkapitals – die Regierungsmacht übernommen hatten, setzten sie - kreditfinanziert - ein massives Aufrüstungsprogramm einerseits für ihre Kriegsvorbereitung in Gang, und

andererseits auch als staatlich finanziertes Konjunkturprogramm. „Deficit Spending“ also – ein kreditfinanziertes staatliches Investitionsprogramm könnte man diese Regierungs-Intervention in die Ökonomie nennen – und es scheint, der aktuelle, kreditfinanzierte 100-Milliarden Euro-Fonds der Bundesregierung knüpft an solche Strategien an. Es ist weitgehend unbestritten, dass die tiefe Weltwirtschaftskrise, beginnend 1929, erst mit dem zweiten Weltkrieg endgültig überwunden war.

Der Krieg bedeutete damals nicht zuletzt eine gewaltige Kapitalvernichtung – und damit den Start für einen frischen Akkumulationszyklus - zu welchem ungeheuren Preis!?

Zweifelloos weist die Rüstungsökonomie gegenüber anderen Abteilungen der Volkswirtschaft für die beteiligten Unternehmen attraktive Besonderheiten auf: einziger Abnehmer und Auftraggeber ist der Staat. Diese Industrie ist in besonderem Maße monopolisiert, und Korruption ist eine durchgängige Begleiterscheinung dieses Wirtschaftszweigs. Es tritt wenig an innerkapitalistischen Reibungsverlusten auf, wie sie etwa bei öffentlichen Investitionen in die Energiewende durch Widerstände der Montanindustrie zu verzeichnen sind. Und die Aufnahmefähigkeit dieses „Marktes“ scheint schier unerschöpflich – jeder Krieg sorgt für weiteren, tendenziell grenzenlosen Bedarf, wie jetzt schon in der Ukraine auffällt.

In den USA hatte schon Präsident Eisenhower, bekanntlich General und alliierter Oberbefehlshaber im zweiten Weltkrieg, 1959 auf die gesellschaftlich- politische Macht des „militärisch-industriellen Komplex“ warnend hingewiesen – Zitat: „Die Verbindung eines

riesigen Militär-Establishments und einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro...Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen“.*

- Heute, mit dem Etat 2023 liegt der Anteil der Rüstungs-ausgaben am US-Bundeshaushalt bei rund 50 %, nämlich \$ 816,7 Milliarden für das Defense Department, bei einem Gesamt-Etat von rund 1700 Mrd \$.** Und gegen welche realen Bedrohungen sind diese Ausgaben erforderlich? Kanada und Mexiko, die beiden Nachbar-Staaten, stellen kaum eine Gefahr dar.

Und weder China noch Russland führen Manöver an den US-Grenzen durch. - In der Rangfolge der Rüstungsetats folgt auf Platz 2 die Volksrepublik China, 2023 mit etwa 210 Mrd \$***. Wenn man die Rüstungsausgaben dieser beiden ökonomischen Riesen vergleicht, kommen auf jeden der etwa 338 Millionen US-Bürger Rüstungs-kosten von 2370 \$, auf jede/n der 1,4 Milliarden Bürger‘innen der VR China 293 \$. Auf jeden Deutschen entfallen 674 \$ pro Kopf. Der Rüstungsetat Russlands (Bevölkerung 2023 144 Mill.) liegt laut plausiblen Schätzungen 2023 bei 82,6 Mrd. \$, pro Kopf also 573 \$ ****, - insgesamt in der Größenordnung von 10 % des US-Etats.

Einen partiellen Boom konnte die NATO-Aufrüstung bereits ermöglichen: zum Beispiel rückte der

Rüstungskonzern Rheinmetall unter die 30 deutschen Unternehmen mit dem höchsten Börsenwert auf, und verdrängte dabei Fresenius, den Hersteller von Dialysegeräten für Nierenkranke.

Zu untersuchen sind weitere Motive der aktuellen Kriege und Kriegsvorbereitungen: privilegierter Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten; Ausschaltung von Konkurrenten mittels gewaltsamer Interventionen, beispielsweise gelegentlich sogar durch Sabotage der Gaszufuhr eines eigenen Alliierten. Zusammengefasst geht es um die politisch-ökonomische und eben auch bewaffnete Durchsetzung geostrategischer Herrschaftskonzepte.

Ein notwendiger Teil solcher Strategien ist die ideologische Verbrämung, Produktion von Legenden über die jeweils eigenen Motive.

Die Dekonstruktion der Kriegspropaganda und Analyse der komplexen Tatsachen soll die in diesem Antrag vorgeschlagene Arbeit zum Ziel haben.

Hier noch ein kurzer Auszug, aus einem Vortrag des chinesischen Ökonomen Wen Tiejun:“In den 1930er Jahren führte die industrielle Überschussproduktion zum Zweiten Weltkrieg. Heute stehen wir vor den Herausforderungen und der Gefahr eines dritten Weltkrieges, denn der Finanzkapitalüberschuss stellt eine große Bedrohung für alle entwickelten Länder dar. Diese Krise beschränkt sich nicht auf ein oder zwei Länder, sondern hat globale Ausmaße.“ *****

*zitiert aus: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5016-das-siebte-fette-jahr-der-welt-ruestungsindustrie>

**

<https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/3252968/biden-signs-national-defense-authorization-act-into-law/> ***<https://www.tagesspiegel.de/internationales/modernisierungsplane-fur-militar-china-erhoht-verteidigungsetat-deutlich-9455372.html>

****<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1287041/umfrage/vergleich-verteidigungsbudget-russland-ukraine/>

*****<https://www.youtube.com/watch?v=fZtRUcNjzWs>

R6.1

Änderungen der Regelsammlung können nur durch den Ratschlag beschlossen werden

Antragsteller*innen:

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses den Vorschlag in dieser Form einzubringen waren anwesend: Frauke Distelrath, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass zu Beginn der Regelsammlung folgende Präambel eingefügt wird:

Die vorliegende Regelsammlung dient Attac ist die Basis für die Zusammenarbeit und darf nur vom Ratschlag, als höchstes Gremium von Attac, im Konsens geändert werden.

Begründung

Eine Veränderung der Regelsammlung geht ganz Attac an und sollte dementsprechend nur von der Vollversammlung und höchstem Gremiums Attacs, dem Ratschlag herbeigeführt werden. Dies sollte auch in der Regelsammlung selbst klargestellt sein.

Zusätzlich hat sich gezeigt, dass Entscheidungen, die in Rat oder Kokreis getroffen wurden, zu Verwirrung führen, da sie häufig nicht in die Regelsammlung übernommen wurden und dann verschiedene Regeln parallel existieren.

R10.1

Anrufung der Schlichtungskommission

Antragsteller*innen:

- Tamara Hanstein (junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)

Der Ratschlag möge beschließen, dass der folgende Absatz als neuer Punkt 3.4 ergänzt wird:

3.4 Anrufung der Schlichtungskommission

3.4.1 Zuständigkeit der Schlichtungskommission

(1) Die Schlichtungskommission kann nach Entscheidungen des Koordinierungskreises bei den in 3.5 geregelten Fällen angerufen werden

a) bei Ordnungsmaßnahmen des Koordinierungskreises

b) bei Entscheidungen über Anträge des Koordinierungskreises, festzustellen, dass sich eine Person außerhalb des Attac-Konsenses gestellt hat.

(2) Außerdem ist die Schlichtungskommission für Einsprüche gegen Maßnahmen der Moderation der bundesweiten Mailinglisten bzw. der Diskussionsplattform zuständig.

(3) Die Schlichtungskommission prüft vor einem Verfahren, ob sie für den Einspruch zuständig ist und wird nur tätig, wenn dies gegeben ist.

(4) Die Schlichtungskommission kann keine politischen Entscheidungen treffen, sondern nur darüber urteilen, ob eine Maßnahme entsprechend der Regelsammlung und des Selbstverständnisses gerechtfertigt ist.

(5) Einsprüche bei der Schlichtungskommission müssen innerhalb von vier Wochen nach Beschluss der Maßnahme gestellt werden.

3.4.2 Verfahren bei Zuständigkeit

(1) Mit Ausnahme von Fällen, bei denen es Hinweise auf Verstöße gegen den Konsens gibt (Hierzu siehe 3.5), wird wie nachfolgend beschrieben verfahren.

(2) Die Beschlussfassung hat im Regelfall innerhalb von vier Wochen zu erfolgen. Eine verzögerte Beschlussfassung bedarf der Begründung.

(3) Die Schlichtungskommission hat ihre Aktivitäten zu dokumentieren und die Beteiligten über die jeweiligen Ergebnisse zu informieren.

3.4.2.1 Überprüfung des Sachverhalts durch die Schlichtungskommission

(1) Die Schlichtungskommission hat den Einsprüchen nachzugehen und die Beteiligten (Person oder Gruppe, die den Einspruch gestellt hat, und Person oder Gruppe, die Maßnahme verhängt hat bzw. dies angefordert hat) anzuhören. Angehört werden können dabei auch von der Gruppe/Person benannte Vertreter*innen.

(2) Für ihre Entscheidung muss die Schlichtungskommissionen auch die jeweils speziell für die Mailingliste bzw. Forum. geltenden Regeln berücksichtigen. Das heißt für Discourse beispielsweise die Netiquette und Nutzungsbedingungen.

3.4.2.2 Entscheidung der Schlichtungskommission

(1) Stimmt die Schlichtungskommission den getätigten Maßnahmen zu, werden diese beibehalten.

(2) Hält die Schlichtungskommission die getätigten Maßnahmen für ungerechtfertigt, kann sie die Maßnahmen aufheben. Die Initiatoren der Maßnahmen werden aufgefordert neue, regelkonforme Maßnahmen zu fassen. Dafür kann die Schlichtungskommission eine Frist setzen. Wenn die neuen Maßnahmen erneut nicht regelkonform sind, kann erneut Einspruch erhoben werden.

(3) Bei wiederholten (min. 3-mal) nicht regelkonformen Maßnahmen kann die Schlichtungskommission die Frage an den Ratschlag überweisen.

(4) Gegen Entscheidungen der Schlichtungskommission ist kein Widerspruch möglich, sofern die Regelsammlung nichts anderes vorsieht.

Dies impliziert die Streichung des jetzigen Absatzes 3.4.3 (2), da dieser zukünftig im neuen Absatz 3.4 geregelt wird. Der jetzige Absatz 3.4 wird dadurch zum Absatz 3.5. Unter 2.4 (5) muss nun auf 3.4 und 3.5 verwiesen werden. Außerdem soll 2.4 (1) wie folgt abgeändert werden:

Die Schlichtungskommission soll Streitigkeiten innerhalb von Attac klären. Sie kann aufgerufen werden, um zu klären, ob eine unter 3.4.1 genannte Maßnahme entsprechend der Regelsammlung und des Selbstverständnisses gerechtfertigt ist. Außerdem wird sie bei Hinweisen auf Verstöße gegen den Konsens hinzugezogen.

Begründung

Bisher fehlen Regelungen für die Schlichtungskommission bei Verstößen auf Mailingliste und im Forum. Diese sollen hiermit ergänzt werden.

R11.1

Begrenzung der Rechte

Antragsteller*innen:

Erik Schantz (junges Attac, RG Darmstadt, Attac Rat, Rats VG, Ratschlags VG)

Tamara Hanstein (junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)

Alfred Emilio Weinberg (RG Köln, EKU AG, AG Aktionen, Attac Rat)

Der Ratschlag möge beschließen, dass unter 1.1 als neuer Absatz 3 Folgendes einfügt:

Personen, für die festgestellt wurde, dass sie außerhalb des Attac-Konsenses stehen, können nicht am Willensbildungsprozess von Attac teilnehmen und haben kein Stimmrecht. Diese Personen können auch nicht delegiert werden oder in Gremien und Gruppen von Attac aktiv sein.

Für Mitgliedsorganisationen ist unter 1.2 als 2. Absatz folgendes zu ergänzen:

Organisationen, die nicht dem Selbstverständnis von Attac entsprechen und der von ihnen unterzeichneten Attac-Erklärung widersprechen, kann die Mitgliedschaft und somit auch ihre Rechte innerhalb von Attac entzogen werden.

Für Attac-Gruppen (Regionalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge) gilt äquivalent: Stellt sich eine Regionalgruppe/ein bundesweiter Arbeitszusammenhang außerhalb des Attac-Konsenses, wird diese aufgelöst und kann nur durch Personen, die sich innerhalb des Attac-Konsenses befinden neugegründet werden. (in der entsprechenden Form unter 1.3 und 1.4 als neuer Absatz zu ergänzen)

Begründung

Dies geht zwar schon aus der jetzigen Form der Regelsammlung hervor, dient aber der Klarstellung, dazu wie die Feststellung, dass eine Person oder Gruppe außerhalb des Konsenses steht, zu operationalisieren, ist. Ein Beschluss des Vorschlags gibt, den durch Kokreis und Schlichtungskommission gemachten Entscheidungen, die nötige Wirkungsmacht und Einzelpersonen und nimmt Gruppen, die außerhalb des Attac Konsens stehen, die Möglichkeit nach dem Beschluss weiter Einfluss auf Attac zu nehmen.

Änderungsanträge an Regelsammlungsvorschläge

RÄ7.1

Änderungsantrag zum Vorschlag R7

Antragsteller*in:

Franziska Vogel (junges Attac)

Zusätzlich zu den in Vorschlag R7 gemachten Präzisierungen zum Verfahren bei Anträgen, dass sich Personen außerhalb des Attac-Konsenses gestellt haben, soll eine 4-wöchige Frist ergänzt werden. Wird die Schlichtungskommission bis zum Ende derselben nicht hinzugezogen kann keine Beschwerde mehr eingelegt werden.

Ich beantrage, in der Regelsammlung in 3.4.3. zu ergänzen:

(2) Die Beschwerde kann innerhalb von 4 Wochen eingelegt werden.

Begründung:

Ich halte es für sinnvoll, dass es nach einer festgelegten Zeit Sicherheit über die Bestandskraft einer Entscheidung braucht. Nach aktuellem Stand kann jedoch unbegrenzt lange Beschwerde gegen Maßnahmen der Kokreises eingelegt werden. Aktuell existiert nur eine Frist, in der nach der Entscheidung der Schlichtungskommission die Anrufung des Ratschlages möglich ist. Eine Angleichung erscheint sinnvoll.

RÄ13.1

Längere Fristen

Antragsstellerin: Marie-Dominique Vernhes

Die Fristen im Vorschlagsverfahren werden wie folgt geändert:

- Einreichungsfrist für Vorschläge: 4 Wochen statt 2 Wochen vor dem Ratschlag werden die Vorschläge auf der Ratschlagsseite **veröffentlicht**. Dementsprechend setzt die VG die Frist für die Einreichung auf **30 Tage**
- Vorschlagsvorbesprechung: 2 Wochen statt 1 Woche vor dem Ratschlag
- Veröffentlichungsfrist für Änderungsanträge: 1 Woche statt 3 Tage vor dem Ratschlag. Diese müssen also 10 Tage vor dem Ratschlag eingereicht werden.

Begründung:

Durch die längere Fristen haben die Attac-Mitglieder mehr Zeit, sich auf die Vorschlagsbehandlung vorzubereiten und sich eine Meinung zu bilden.

RÄ13.2

Antragsstellerin: Marie-Dominique Vernhes

Folgender Text im dritten Absatz wird gestrichen:

„ oder nicht fristgerecht eingereichte Vorschläge bei verbleibender Zeit im Anschluss an alle anderen Vorschläge behandelt werden.“

Begründung:

Nicht fristgerecht eingereichte Vorschläge sollten nur dann behandelt werden, wenn deren Dringlichkeit auf dem Ratschlag beschlossen wurde.

Änderungsanträge an das Erneuerungspapier

Inklusive Übernahmen

Übernahmen EÄ1 – 5 (Reader S.44)

EÄ1

Zeilen 140 und 850 "FLINTA*" jeweils ersetzen durch Frauen

Moderation Zeile 140 : FLINTA* nicht durch „Frauen“ ersetzen, sondern durch „Ermordung von weiblich gelesenen Personen“

Moderation Zeile 850: FLINTA* nicht durch „Frauen“ ersetzen, sondern durch „Ermordung von weiblich gelesenen Personen“.

EÄ2

Übernommen

EÄ3

Zeilen 731 bis 733: Vorschlag für Neufassung:

Die Herstellung unnützer Produkte, wie etwa Rüstungsgüter, muss **eingestellt** werden. In der Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte**, ökologische Landwirtschaft ohne weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

Moderation: „enkelgerecht“ nicht durch „bedürfnisorientiert“ ersetzen, sondern durch „bedarfsorientiert“; eingestellt übernehmen

EÄ4

Nicht übernommen

EÄ5

Zeile 880 und 881 "außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs" bitte streichen, da die Sorge- und die Erwerbsarbeit grundsätzlich gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden sollte. Außerdem gehören zu diesem Bereich sehr unterschiedlich entlohnte Beschäftigte – von sehr gering entlohnerten Beschäftigten im Reinigungs- und Servicebereich, schlecht bezahlten Pflegekräften und dem besser bezahlten ärztlichen Personal.

Moderation: alternative Formulierung: „Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben – und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Übernahmen EÄ6 – 28 (Reader S.44 ff)

EÄ6

Übernommen

EÄ7

Zeile 65 „FLINTA*s“ hier bitte durch „Frauen“ ersetzen. Das ist sonst ahistorisch und es ist ja bis heute so. LINTA*s (ohne Frauen) haben sicher nicht kleinere aber in aller Regel andere Probleme.

Moderation: Alternativ, statt „Frauen“ „weiblich gelesene Personen“

EÄ8

Zurückgezogen

EÄ9

Zurückgezogen

EÄ10

Übernommen

EÄ11

Übernommen

EÄ13

Zurückgezogen

EÄ14

Übernommen

EÄ15

Übernommen

EÄ16

Übernommen

EÄ17

Übernommen

EÄ18 (Z.131)

Übernommen

EÄ18a (Z. 157–163)

Zurückgezogen

EÄ19

Übernommen

EÄ20

Übernommen

EÄ21

Übernommen

EÄ22

Übernommen

EÄ23

Zurückgezogen

EÄ24

Übernommen

EÄ25

Zurückgezogen

EÄ26

Übernommen

EÄ27

Übernommen

EÄ28

Zurückgezogen

EÄ33–41

Einreicherin: Ines Fahning, Regionalgruppe Göttingen

EÄ33

Zeile 759: „... ein zentrales Anliegen ...“ (zentrales mit s)

Übernommen

EÄ34

Zeile 762: ... „System, wo in dem Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen ...“

Übernommen

EÄ35

Zeile 769, ... „Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten (Lobbyismus), kann das“ ...

Begründung: Wir finden es so einfacher zu verstehen.

EÄ36

Zeile 775: ... „übergeordnete Entscheidungsebenen, z. B. Schiedsgerichte, einzuführen,“ ...

Begründung: Wir finden es so einfacher zu verstehen.

EÄ37

Zeile 779: ... „(Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen“

...

Begründung: Wir finden diesen Satzteil unpassend/überflüssig (oder haben ihn nicht verstanden).

EÄ38

Zeile 780-781: ... „demokratische Strukturen nicht nur nicht unvollständig realisiert sind., sondern, sofern vorhanden, gezielt zum Abschluss freigegeben werden sollen.

Begründung: Wir finden die doppelte Verneinung schwer verständlich und der letzte Teil des Satzes gefiel uns nicht, weil wir nicht verstanden haben, was genau gemeint ist. Falls er bleiben sollte, könnte vielleicht ein Bsp. eingefügt werden.

EÄ39

Zeile 793: ... „sie mitzugestalten, die Aufgabe“ ...

Übernommen

EÄ40

Zeile 805: ... „weltweit ist ungebrochen. Denn uUnser Ziel“ ...

Begründung: „Denn“ passt eigentlich nur nach einem Komma und ist eigentlich an dieser Stelle auch überflüssig.

Übernommen

EÄ41

Zeile 805: ... „Die oft negativen Auswirkungen der Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel, z. B. eine stärkere Privatisierung im Wohnungsbau, dar, die“ ...

Begründung: Wir finden die Zeilen 810 bis 814 etwas schwer verständlich, weshalb wir diese Ergänzungen vorgenommen haben, aber möglicherweise ist es gar nicht so gemeint.

EÄ48

Globalisierungskritik neu denken und für Attac wirksam machen“ (persönlicher „Zugang“ zum Thema durch Neuformulierung und Komprimierung des Textes)

Antragssteller: Ulrich von der Stein (Attac Wuppertal)

Inhaltsverzeichnis

0. I.

Prolog: Warum dieser Zugang zum Thema gewählt wurde

Analyse: Die Entstehung des heutigen Wirtschaftssystems und seine Folgen

- a) Umweltzerstörung und Klimawandel
 - b) Armut, wirtschaftliche Ausbeutung und Migration
 - c) Unfairer Welthandel und Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung
 - d) Soziale Ungleichheit und der Verlust des Vertrauens in die Demokratie
 - e) Spekulative Finanzmärkte und Investitionsstau bei den Vermögenden
 - f) Grundversorgung und deren Gefährdung durch Privatisierung
 - g) Überlastung sozialer Sicherungssysteme
 - h) Zunahme (?) kriegerischer wirtschaftlicher und religiös-kultureller Auseinandersetzungen
 - i) Demokratiekrise, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenschutz
 - j) Das Problem eurozentrischer Wertevermittlung
- Die Dilemmata der Änderung unserer (westlichen) Lebens- und Wirtschaftsweise

- a) Permanentes Wachstum versus Zusammenbruch des Wirtschaftssystems b) Green Deal versus Befreiung von der Dynamik des Konsumismus
- c) Abschottung des Lebensstandards der globalen Nordens versus Abbau der zwischen- und innerstaatlichen sozialen Ungleichheiten
- d) Profitmaximierung und Shareholder Value-Orientierung versus gemeinwohlorientiertes Wirtschaften e) Freie versus soziale(re) Marktwirtschaft f) Regionalisierung versus Globalisierung

zu II.: exemplarische Konkretisierung und Begründung von Lösungsansätzen sowie die Frage der Themenfokussierung von Attac

- a) Ausbau des Dienstleistungssektors und Verringerung materieller Arbeitsproduktivität
- b) Kreislaufwirtschaft und die Umstellung industrieller Produktion und unserer Konsumgewohnheiten
- c) Gemeinwohlorientiertes und nachhaltiges Unternehmenshandeln und Bankensystem
- d) Die stabilisierende Rolle des Staates und der Schutz des „Allgemeinguts“ Grundversorgung
- e) Beseitigung von Hindernissen fairer internationaler Zusammenarbeit
- f) Regionalisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung

II.

III.

- g) Sonderthema Entmilitarisierung und internationales Konfliktmanagement: Weltweite Sicherheitsarchitektur und Abrüstung

0. Prolog: Warum dieser Zugang zum Thema gewählt wurde

In der Diskussion von Attac Wuppertal über das Positionspapier kam hinsichtlich seines nicht unbeträchtlichen Umfangs von 25 Seiten die Frage auf, ob nicht angesichts der heutzutage begrenzteren Aufmerksamkeitsspanne von Lesern eine kompaktere Version des Papiers sinnvoll und hinzubekommen wäre. Diese Herausforderung habe ich angenommen, um die Komplexität der Globalisierungskritik persönlich besser zu durchdringen. Die Sortierung meiner Gedanken entlang des Papiers führte aber zu einer anderen Textstruktur, inhaltlichen Akzentuierungen, zusätzlichen Überlegungen und Ergänzungen. Ich hoffe, dass dieser - auch nicht ganz kurze - Beitrag die Debatte über die Erneuerung von Attac bereichert und nicht als Geringschätzung der Qualität des Positionspapiers verstanden wird. Für ein selektives Lesen habe ich Hyperlinks verwendet.

In Hinblick auf das „wirksam machen“ der Fortschreibung der Globalisierungskritik habe ich mich zudem gefragt, wie konkret möchte und kann Attac an der Umsetzung seiner Forderungen mitwirken, wenn die 8 Thesen des Selbstverständnisses von 2001/06 weiterhin aktuell sind. Unsicher, ob das überhaupt gewünscht ist, habe ich trotzdem versucht, die Themenfelder zu identifizieren, auf denen sich Attac in Verbindung mit anderen politischen Bewegungen wirksam engagieren könnte, ohne sein Selbstverständnis als „innovativen Organisationstyp“ aufzugeben und ohne seine Mitglieder in den lokalen Gruppen mit der Aneignung von Expertise zu überfordern. Inwieweit die bisherigen Aktionsformen „Expertise, Aufklärung und Aktion“ und die Bündnispolitik mit anderen Bewegungen hinsichtlich der wirksamen Umsetzung von politischen Forderungen noch ausreichen, lasse ich dahingestellt, rege aber an, darüber nachzudenken.

I. Analyse: Die Entstehung des heutigen Wirtschaftssystems und seine Folgen

Mit der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung veränderte sich unsere Art des Wirtschaftens. An die Stelle des grundsätzlich bedarfsorientierten Gewerbetreibens und Handelns, wie es sich z.B. in der Niederlassungsbeschränkung von Handwerkern durch die Zünfte ausdrückt, die zu viel Konkurrenz der Gewerke in einem Gebiet verhindern wollten, trat nun eine zunehmend auf Wettbewerb und Übertrumpfen ausgerichtete Wirtschaftsweise.

Durch Zerlegung der bisher eher ganzheitlichen Arbeitsprozesse in immer kleinere Arbeitseinheiten wurde unter Einsatz von Maschinen eine immer schnellere und kostengünstigere Massenproduktion erreicht, durch die die Produkte der Konkurrenz preislich unterboten werden konnten. Die industrielle Massenfertigung gebar aber auch den Zwang, mit einem möglichst hohen Warenausstoß den Stückpreis niedrig zu halten, und das (Über)angebot an Waren mit Hilfe von massiver Werbung abzusetzen.

Dieser neuen angebotsorientierten Wirtschaftsweise wohnt also ein immerwährender Wachstumszwang inne, der die ständige Warennachfrage einer Konsumgesellschaft benötigt, die im Gelderwerb zum Zwecke des Konsums und in der Wohlstandsanhäufung ihren Lebenszweck sieht.

Das Glücksversprechen der westlichen Konsumgesellschaft durch erarbeiteten Wohlstand wurde theologisch durch die calvinistische Lehre der Gottgefälligkeit eines arbeitsamen Lebens gestützt.

Im Welthandel war der Finanzierungsbedarf der europäischen Herrschaftshäuser und der herrschenden Schichten nicht nur durch friedlichen Handel wertvoller Rohstoffe, sondern auch durch kriegerische Aneignung der Schätze anderer Kulturen gedeckt worden. Nun kam die Suche nach geeigneten Absatzmärkten für die kostengünstig produzierten Waren und die Beschaffung von Rohstoffen für die industrielle Produktion hinzu. Da bot sich die Kolonialisierung von Gesellschaften an, die weder militärisch noch wirtschaftlich den technisch entwickelteren Industrieländern etwas entgegen zu setzen hatten.

Der insbesondere nach dem 2. Weltkrieg als soziale Marktwirtschaft etwas gemäßigtere Kapitalismus erfuhr mit der Renaissance des Neoliberalismus in der Reagan- und Thatcher- Ära der 1980er Jahre, in der von staatlichen Eingriffen und sonstigen Beschränkungen weitgehend befreite Marktkräfte propagiert wurden, einen gewaltigen Schub, der mit der Markteinführung des massentauglichen Computers in den 1990er Jahren und in der anschließenden digitalen Revolution durch das Aufkommen globalisierter marktbeherrschender Technologiefirmen verstärkt wurde. Die Computerisierung des Finanzhandels, die Entstehung des Online-Handels und die weltweite Vernetzung der Menschen durch das Internet mit seinem (Über)angebot an schnell verfügbarer Information trug zu den im Folgenden beschriebenen Ausprägungen des heutigen Hyperkapitalismus bei:

a) Umweltzerstörung und Klimawandel

Der dem Kapitalismus innewohnende Wachstumszwang und dessen Tendenz zur Profitmaximierung sowie die konsumistische Lebensweise der westlichen Industrienationen hat zu einem maß- und rücksichtslosen Ressourcen- und Energieverbrauch geführt, der die Regenerationskräfte der Natur als unsere Lebensgrundlage überfordert und zudem durch die Art der Energiegewinnung den Klimawandel befeuert.

b) Armut, wirtschaftliche Ausbeutung und Migration

Der Kostensenkungsdruck im Kapitalismus hat zu einer globalisierten Arbeitsteilung und weltweit operierenden Konzernen geführt, die das geringere Wohlstandsniveau in den sogenannten Entwicklungsländern zur Rekrutierung billiger Arbeitskräfte und zur Senkung des Kostenfaktors „menschliche Arbeit“ nutzen. Die Verschleierung der Arbeitsbedingungen und Verhinderung gewerkschaftlicher Vertretung in der modernen Sklaverei hat dabei System. Die Konkurrenzsituation erlaubt es den Unternehmen nicht, angemessene Entlohnung für die Arbeitsleistung zu zahlen und somit das Wohlstandsniveau im globalen „Süden“ zu heben. Zudem würden damit die

Produkte so teuer werden, dass ihr Absatz in den reichen Ländern einbräche, da sich dort nur die Wohlhabenderen sie leisten könnten. Der Neoliberalismus führt hingegen die These des Trickle-Down-Effektes an, der suggeriert, dass mit steigendem Wohlstand der Reicherer auch für Ärmerer etwas „durchsickert“.

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsverdichtung durch Personaleinsparungen, geringere Lohnzuwächse im Vergleich zur Gewinnsteigerung in Unternehmen, Rückgang gewerkschaftlicher Vertretung, prekäre Beschäftigung, Ausnutzung des Wohlstandsgefälles durch Anwerbung billigerer Arbeitskräfte aus wirtschaftlich schwächeren Ländern sind nicht nur Phänomene in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern.

Von wirtschaftlicher Not motivierte Flucht und Migration in Länder, die eine Lebensperspektive mit zumindest bescheidenem Wohlstand verheißen, müssen uns daher nicht verwundern.

c) Unfairer Welthandel und Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung

Der Neokolonialismus der Industrienationen besteht nun zum einen darin, sich durch Freihandelsverträge und Investitionsschutzabkommen mit den Ländern des globalen Südens Absatzmärkte zu sichern, die einheimische Konkurrenz mit ihren kostengünstigeren Waren auszuschalten und die einheimischen Märkte zugleich von ihren Produkten abhängig zu machen. Da zum anderen weniger industrialisierte Länder ihre Bodenschätze nicht selbst verarbeiten können, neigen sie dazu, diese als willkommene Einnahmequelle kostengünstig zu veräußern und sie von internationalen Konzernen ohne Rücksicht auf Umweltschäden abbauen zu lassen. Das Versprechen westlicher Investoren, mehr Wohlstand durch Lohnarbeit zu bringen, wird oftmals durch die Zerstörung tradierter einheimischer Lebens- und (agrarischer) Wirtschaftsformen und den schädlichen Einfluss westlichen Materialismus auf die einheimische Kultur bezahlt. In wirtschaftsschwachen Ländern tut die dort i.d.R. stärker grassierende Korruption ihr Übriges. Gegen die bisher übliche Praxis der Industrieländer, ihren Wohlstandsmüll in die ärmeren Länder zu verlagern und somit zur dortigen Umweltzerstörung beizutragen, haben sich diese inzwischen schon gewehrt.

d) Soziale Ungleichheit und der Verlust des Vertrauens in die Demokratie

Zwar hat der Wohlstand weltweit zugenommen, so dass schon ein gewisse „Durchsickerung“ stattgefunden hat, aber auch die Ungleichheit der Verteilung des Wohlstandes. Diese hat ein Ausmaß angenommen, die an der angemessenen Bewertung individueller Leistung zweifeln lässt, die im meritokratischen Versprechen des Neoliberalismus enthalten ist. Politikverdrossenheit droht, wenn gesellschaftlicher Aufstieg und Wohlstand durch eigene Leistung und Verdienst nicht mehr ausreichend möglich erscheint, zugleich der Vermögenszuwachs von Personen ohne Arbeitseinkommen obszön anmutet und dann noch die Politik nicht dafür sorgt – sei es aufgrund von Lobbyismus oder Korruption –, dass in Krisenzeiten ungerechtfertigt erscheinende Privilegien der oberen Schichten in Frage gestellt werden.

Wenn zudem eine Veränderung der Verhältnisse durch demokratische Beteiligung am vermeintlichen oder tatsächlichen Widerstand der politischen und wirtschaftlichen Elite oder an übermäßiger Langsamkeit demokratischer Prozesse zu scheitern droht, schwindet das Vertrauen in die Wirksamkeit der Demokratie.

e) Spekulative Finanzmärkte und Investitionsstau bei den Vermögenden

Die Aufhebung der Kontrolle grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs und der weniger regulierte Handel mit Finanzanlagen seit den 1980er Jahren ließen sich die Finanzinstitute über ihre eigentliche Aufgabe der Kreditvergabe und die Sicherung und Verzinsung von Geldeinlagen hinaus zur Entwicklung von immer spekulativeren und risikoreicheren Finanzprodukten verleiten, mit denen das Geld der Anleger aufs Spiel gesetzt wurde. Der Finanzmarkt wurde eine Spielwiese für Wetteinsätze auf Kapitalbewegungen.

Befeuert wurde diese Entwicklung durch die Digitalisierung der Finanzplätze, die einen automatisierten Hochfrequenzhandel mit Hochleistungscomputern zur Ausnutzung kleinster Kursunterschiede ermöglichte. Geldverdienen ohne Produktivität und Wertschöpfung war nun das Motto der Finanzjongleure. Das führte am Aktien- und Immobilienmarkt zu teilweise grotesken Blasen von Marktbewertungen von Unternehmen und Immobilien, in denen der reale Wert immer weniger eine Rolle spielt, sondern mehr die Psychologie der Marktteilnehmer. Das von den Vermögenden am Finanzmarkt mit überschüssigem Kapital verdiente Geld drängte nun auch wieder auf Wiederanlage. Somit gerieten bei der Suche nach geeigneten Investitionsmöglichkeiten und Renditeobjekten auch Bereiche der öffentlichen Versorgung in den Fokus der Spekulation.

f) Grundversorgung und deren Gefährdung durch Privatisierung

Der Glauben an die vom Neoliberalismus behauptete Unfähigkeit staatlicher Institutionen zu effizienter Betriebswirtschaft und die damals sichtbar werdenden Mängel der Planwirtschaft in kommunistisch regierten Staaten ließ die klammen Kommunen zur Schuldentilgung unbedacht öffentliches Vermögen, Infrastruktur und Dienstleistungen wie Grundstücke, Wohnungen, Stadtwerke, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen und Schienennetze an private Investoren verkaufen, teilweise zu Spottpreisen. Anstelle der erhofften verbesserten und billigeren Dienstleistungen durch effizientere und innovativere

Betriebsführung der privaten Dienstleister kam es oft eher zu Verteuerungen und Leistungsabbau, wie es z.B. die Stilllegung von aus Sicht der Investoren unrentablen Bahnstrecken in ländlichen Gegenden zeigt. Die Erkenntnis, dass man den Zugang zu Dienstleistungen der Grundversorgung und ihrer Infrastruktur nicht mit der ausschließlichen Ausrichtung auf Profitmaximierung betreiben kann, setzt sich immer mehr durch. Zu diesen in die öffentliche Hand gehörenden Dienstleistungen zählen die Wasser-, Gesundheits- und Energieversorgung sowie die Bereitstellung von Bildung und Verkehrsinfrastruktur.

g) Überlastung sozialer Sicherungssysteme

Um in der neoliberalistischen Wettbewerbsgesellschaft konkurrenzfähig zu bleiben, nutzen die Unternehmen Einsparpotentiale vor allem beim teuren „Humankapital“, insbesondere bei den weniger gut Ausgebildeten, die leichter ersetzbar und weniger

konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt sind und sich somit einer schlechteren Entlohnung kaum entziehen können. Automatisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt sowie Arbeitsverdichtung und die Schwächung gewerkschaftlicher Vertretung durch den Ausstieg aus Tarifbindungen hat einerseits zu einer immer höheren Arbeitsbelastung mit auch volkswirtschaftlich relevanten Burnouts und andererseits zu einer Zunahme prekär Beschäftigter geführt, für die sich das neoliberale Versprechen der Wohlstandsmehrung nicht erfüllt und die sich zudem um einen auskömmlichen Lebensstandard im Alter sorgen müssen. Sie können sich während ihres Erwerbslebens kaum finanzielle Reserven zulegen als (politisch geforderte) Ergänzung zum umlagefinanzierten Rentensystem, das auf eine ununterbrochene und möglichst männliche Erwerbsbiographie in einem Normalarbeitsverhältnis ausgelegt ist. Kinder(allein)erziehung und -betreuung sowie die Pflege alter Angehöriger wird immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet, deren Sorgearbeit weder die nötige gesellschaftliche Anerkennung erfährt noch angemessen auf die Rente angerechnet und im Arbeitsleben vergütet wird. Der Ausbau von Sozialleistungen gerät bei dem neoliberalistischen Credo vom schlanken Staat immer wieder unter ideologischen Druck, Bürger und Wirtschaft nicht mit zu hohen Steuern zu belasten, um Konsumnachfrage der Beschäftigten und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

h) Zunahme(?) kriegerischer wirtschaftlicher und religiös-kultureller Auseinandersetzungen

Insbesondere die westlichen Zivilisationen haben sich infolge des im Christentum enthaltenen göttlichen Auftrages, sich die Natur untertan zu machen und zu beherrschen, dabei hervorgetan, diesem mit Hilfe der Wissenschaft, die ihnen (militär)technische Vorteile gegenüber anderen Kulturen verschaffte, gründlich nachzugehen und andere Zivilisationen dabei zu unterjochen oder gar auszulöschen. Der christlichen Missionierung und dem Kolonialismus der sich entwickelnden Industrienationen lag immer das Interesse zugrunde, sich wirtschaftliche Ressourcen zu erschließen und zu sichern, das sich in der Moderne in den geostrategischen und machtpolitischen Einflussnahmen, auch mit kriegerischen Mitteln, auf Gebiete mit Rohstoffquellen und Versorgungswegen äußert. Religiös, weltanschaulich oder kulturell motivierte Auseinandersetzungen scheinen bei den derzeit weltweit wieder zunehmenden innerstaatlichen Konflikten eine besondere Rolle zu spielen. In einer Welt des schnellen Wandels von Gewissheiten und der Informationsüberflutung, der Auflösung von tradierten Lebensweisen und tiefgreifender Verunsicherung über den richtigen Weg in die Zukunft scheint der Rückzug auf Gruppen mit einfachen, identitätsstiftenden Überzeugungen und Weltbildern Schutz vor Überforderung und Geborgenheit in der (kulturellen oder nationalen) Gemeinschaft zu bieten. Identitäre Besinnung wie bei fundamentalistischen Bewegungen und dem wieder aufflammenden Nationalismus bedarf aber auch u. U. der Abgrenzung von einer „feindlichen“ Umwelt und ist die Quelle von Feindbildern, Hass und Gewalt.

i) Demokratiekrise, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenschutz

Der Wunsch nach einfachen Welterklärungen und unumstößlichen Gewissheiten wird angesichts einer zunehmend schwierigeren Interpretation und Einordnung von Ereignissen und Informationen trotz ihrer höheren medialen Zugänglichkeit immer drängender. Der Anstrengung der Sichtung und Prüfung von

(konträren) Informationen auf Plausibilität und Authentizität sowie der Meinungsbildung, wie sie für partizipative Prozesse in einer Demokratie nun mal grundlegend ist, wollen sich viele Menschen nicht mehr unterziehen und rufen nach dem starken Mann, der ihnen das Denken abnimmt, gesellschaftliche Defizite zu beseitigen und Wohlstand zu erhalten verspricht. In Krisen erfolgt die Rückbesinnung auf gewohnte Lebensweisen und tradierte Rollenbilder, so dass die die erkämpfte gesellschaftliche Anerkennung oder erstrittenen Rechte von (z.B. kulturellen, religiösen, ethnischen) Minderheiten und FLINTA wieder in Frage gestellt werden oder ihre Andersartigkeit als Erklärung für die Misere und als Feindbild herhalten muss. Abwehr von Veränderungen und Dämonisierung des „Feindes“ zum Erhalt von Macht und Status Quo sowie die Diskriminierung gesellschaftlich schwächerer Gruppen sind neben dem als selbstverständlich proklamierten Recht des Stärkeren Triebfedern für die Abwertung oder Ignoranz von Menschenrechten. Das erleben gerade die Emanzipationsbewegungen von FLINTA durch die Renaissance patriarchalischen und klerikalen Weltverständnisses.

j) Das Problem eurozentrischer Wertevermittlung

Bei aller berechtigten und in internationalen Konventionen legitimierten Verfolgung der Einhaltung der Menschenrechte sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Gesellschaften und Kulturen in anderen Weltregionen mit anderer gesellschaftskultureller Entwicklung und Religion zurückhaltend oder ablehnend auf die Überstülperung westlich geprägter Werte und geschlechtlicher Rollenbilder reagieren könnten. Insbesondere der ausgeprägte Konsumismus und die gnadenlose Profitorientierung des Westens werden als Werte- und Sittenverfall begriffen, dem aus deren Sicht mit fundamentalistischer kulturell-religiöser Sinnstiftung entgegengehalten werden muss. Insofern ist der Erfolg propagierter internationaler Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd auch abhängig vom Grad des Misstrauens der Entwicklungsländer gegenüber dem wirtschaftlichen Eigennutz der Industrienationen.

II. Die Dilemmata der Änderung unserer (westlichen) Lebens- und Wirtschaftsweise

a) Permanentes Wachstum versus Instabilität des Wirtschaftssystems

In ökonomischen Modellen besteht der „strukturelle Wachstumszwang“ in der Notwendigkeit der Erzeugung eines so hohen Überschusses (= Gewinn) pro Periode, dass nicht nur die (Zins)kosten des vor der Warenproduktion investierten Kapitals (hier vereinfacht = Einkommen der Arbeitnehmer) gedeckt werden, sondern darüber

hinaus auch die Arbeitnehmer in der nächsten Periode mit der notwendigen Kaufkraft für den Konsum ausgestattet werden, um mit ihrem Einkommen (= Nachfrage) das (komplette) Güterangebot finanzieren zu können, wodurch ja erst der Gewinn zustande käme.

Das Dilemma besteht darin, dass bei diesem exponentiellen Wachstum Ressourcenverbrauch und steigende Umweltkosten durch Effizienzsteigerung noch in gewissem Maße, aber nicht völlig eindämmt werden können und „Degrowth“ instabil ist, indem eine gleichbleibende oder gedrosselte Warenproduktion die Kaufkraft der Beschäftigten und somit auch die Verbrauchernachfrage schmälert, was zu einer Rezessionsspirale aus weiter reduzierter Produktion, steigender Arbeitslosigkeit und nachlassender Wettbewerbsfähigkeit führt.

Der britische Ökonom Tim Jackson hat die angeblich unumstößlichen Mechanismen einer wachstumsbasierten Wirtschaft unter die Lupe genommen und den Rahmen einer möglichen tendenziell stationären und zugleich auch stabilen Ökonomie skizziert, die ihre Eckpunkte aus den Grundprinzipien „Unternehmen als Dienstleistung, Arbeit als Teilhabe, Investition als Zusage an die Zukunft und Geld als soziales Gut“ herleitet und Wirtschaft als Selbstzweck zu einer Wirtschaft als Mittel, um Wohlstand zu erreichen, transformiert.

b) Green Deal versus Befreiung von der Dynamik des Konsumismus

Den Ausweg aus diesem Dilemma und die Erhaltung des bisherigen Wohlstandes – zumindest in den entwickelten Industrieländern – erhoffen sich neoliberale Ökonomen von der rechtzeitigen Entwicklung klimaneutraler Energieerzeugung und technischer Innovationen zum effizienteren und konsistenten Ressourcenverbrauch im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft. PostwachstumsökonomInnen halten diese

Hoffnung auf eine relative oder gar absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch für eine Illusion und treten für ein Überdenken unserer allzu „entgrenzten“ Mobilitäts-, Konsum- und Komfortansprüche ein. Das bedeutet nicht den völligen Verzicht auf materiellen Konsum, sondern eine Rückbesinnung auf ein „Leben ohne Scham“, das auf materielles „Mithaltenkönnen“ beim Konsum als Gradmesser gesellschaftlicher Anerkennung und von Status verzichten kann. Wohlbefinden und Verwirklichungschancen eines „guten Lebens“ erfordern Forschungen nach zwar eine gewisse materielle Grundlage, aber soziales und psychisches Gedeihen hängt mehr von befriedigenden sozialen Beziehungen, sinnstiftender Arbeit und gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe(möglichkeiten) ab.

c) Profitmaximierung und Shareholder Value-Orientierung versus gemeinwohlorientiertes Wirtschaften
Die vorrangige Befriedigung der Aktionäre durch Aktienkurssteigerungen und Dividendenausschüttungen an Stelle der Beteiligung der Beschäftigten des Unternehmen an den Gewinnen durch Gehaltsaufbesserung, zeigt die Pervertierung der Handlungsmaxime des „Homo oeconomicus“, der nur die Profitmaximierung als Ziel kennt und keine Rücksicht auf die Belange eines Gemeinwesens nimmt.

Dabei wäre es sehr wohl möglich, die Zielbestimmung des Wirtschaftens durch die Einführung entsprechender Beurteilungskriterien wirtschaftlichen Verhaltens zu ändern, wie die Gemeinwohlökonomie recht detailliert darlegt. Als wirtschaftslenkendes Kriterium gewinnt z.B. bei der Kreditvergabe die Nachhaltigkeit der Investition zunehmend an Bedeutung.

d) Freie versus soziale(re) Marktwirtschaft
Neoliberalisten ist die Einmischung des Staates in die (freie) Marktwirtschaft ein Graus, was zu den unter I. 4.-7. beschriebenen Folgen geführt hat. Da sei an die in den 60er Jahren des 20. Jhrdt. entwickelte soziale Marktwirtschaft erinnert, die wie die freie Marktwirtschaft vom Wettbewerb lebt, aber mit dem Zusatz „sozial“ für die Ziele der gesicherten Freiheit, der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit steht. Ludwig Erhard, der Umsetzer der Sozialen Marktwirtschaft, fasste diese unter dem Überziel „Wohlstand für alle“ zusammen. Diese Ziele gilt es, wiederzubeleben und an die heutigen Ausprägungen des globalisierten Kapitalismus anzupassen. Staatliche Regulierung seiner Auswüchse und die Erhöhung der Staatsquote zur Sicherung der Grundversorgung, zum Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sowie der von privaten Investoren ausgebeuteten oder vernachlässigten Bereiche des öffentlichen Lebens und der sozialen Infrastruktur erscheinen als dringliche neue Paradigmen.

e) AbschottungdesLebensstandardsderglobalenNordensversusAbbauder zwischen- und innerstaatlichen sozialen Ungleichheiten

Wohlwissend, dass wir als reiche Länder des globalen Nordens unseren Lebensstandard und die damit verbundene Ressourcenverschwendung auf Kosten der ärmeren Weltregionen in Anspruch nehmen, verlangen wir von den Schwellenländern nun ökologische Zurückhaltung bei ihrer (neoliberalen) ökonomischen Expansion, aber gehen selber nicht mit gutem Beispiel bei der Senkung des ökologischen Fußabdrucks durch Komfortverzicht voran, wie auch die Aussperrung der Flüchtlingsströme, die als Bedrohung unseres Lebensstandards betrachtet werden, an den Außengrenzen der EU zeigt. Fluchtursachen lassen sich langfristig nur durch internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und der Folgen des Klimawandels sowie das Zulassen wirtschaftlicher Prosperität auf Kosten der Absatzmöglichkeiten von Großkonzernen und der Exportüberschüsse der reichen Industriestaaten bekämpfen. Eine Nivellierung des Wohlstandes in allen Ländern erscheint als unumgängliche Bedingung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft bei der gemeinsamen Bewältigung der multiplen Krisen in diesem Jahrhundert. Innerhalb der nationalen Gesellschaften stellen die Vermögensakkumulation auf einige wenige Prozent der Bevölkerung und unangemessene Einkommensunterschiede einen Nährboden für gesellschaftliche Unzufriedenheit und eine Gefährdung demokratischen Beteiligungswillen dar. Abhilfe könnte die stärkere Besteuerung von sehr hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften sein, wie sie auch der französische Ökonom Piketty fordert.

f) Regionalisierung versus Globalisierung

Obwohl eine gemeinschaftliche Verwaltung von Ressourcen auf regionaler oder kommunaler Ebene mit ihren überschaubaren Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen die Beteiligung an demokratischen Prozessen stärkt und Entbürokratisierung fördert, wird die unabhängige Selbstversorgung in kleineren Einheiten von Lebenswelten nicht ausreichen, um globalisierte Arbeitsteilung gänzlich abzulösen. Mittelfristig werden in Deutschland die Energieimporte zwar von 70 auf 40-20 % zurückgehen, aber es wird hinsichtlich seiner Energieversorgung nicht autark werden können. Inwieweit die Lebensmittelversorgung bei einer Umstellung von agrarischer Massenproduktion mit seiner Verwendung von Umweltgiften auf ökologische Landwirtschaft mit Erhaltung von Biodiversität, aber auch nicht ganz so stabilen Erträgen in Deutschland für die einheimische Bevölkerung ausreicht, hängt auch von der Nachfrage nach tierischen Produkten ab, deren Erzeugung die Anbaufläche pflanzlicher Nahrung schmälert.

III. zu II.: exemplarische Konkretisierung und Begründung von Lösungsansätzen sowie die Frage der Themenfokussierung von Attac

a)

Ausbau des Dienstleistungssektors und Verringerung materieller Arbeitsproduktivität

Eine Erkenntnis neuerer, empirisch gestützter Forschung ist, dass eine dienstleistungsbasierte Wirtschaft vermutlich wesentlich langsamer wachsen würde als eine produktorientierte Ökonomie. Die nach einem US-Ökonomen benannte „baumolsche Kostenkrankheit“ besagt, dass „stagnierende“ dienstleistungsorientierte Sektoren der Wirtschaft wie Handwerk, Gesundheit, Bildung und Kreativbereich Lohnsteigerungen, die sich tendenziell an den Löhnen in den höchstbezahlten „produktiveren“ Sektoren orientieren, nicht wie in diesen durch Steigerungen der Arbeitsproduktivität aufgefangen werden können. Der Kostendruck auf diese wirtschaftlichen Dienstleistungen der Reparatur- und Renovierungsanbieter und der Grundversorgung führt demnach in „reichen“ Volkswirtschaften tendenziell zu ihrem Verschwinden und bei Erhalt sinnvoller Dienstleistungen zu ihrem größeren Anteil am BIP und damit zu annäherndem Nullwachstum. Die befürchtete Arbeitslosigkeit und Instabilität bei einer zurückgehenden Wachstumsrate des BIP konnte in ökonomischen Simulationen durch die strukturelle Verlagerung des Wirtschaftens in Richtung dienstleistungsorientierter Unternehmen in Verbindung mit arbeitszeitpolitischen Maßnahmen vermieden werden.

Das Postwachstumsökonomien schockierende „Gesetz des Kapitalismus“ des französischen Ökonomen Piketty, nämlich dass zurückgehende Wachstumsraten zu einer größeren sozialen Ungleichheit führen, hat sich im System der Ausbeutung des Arbeitslebens auf der Jagd nach Produktivitätsgewinnen für die Kapitaleigentümer als richtig erwiesen, relativiert sich aber bei der Betrachtung jener Sektoren, die

zeitintensive Dienstleistungen am Menschen erbringen und somit weniger anfällig für die Ersetzung von Arbeit durch Kapital sind.

Themeneignung für Attac: mittel – da lohnpolitische Forderungen besser in Verbindung mit der Grundversorgung und der Steuerungsfunktion des Staates zu verfolgen sind.

b) Kreislaufwirtschaft und die Umstellung industrieller Produktion und unserer Konsumgewohnheiten

c)

Als ein Treiber strukturellen Wachstums in Hinblick auf ein vollständiges technisches Kreislaufsystem erweist sich der weitestgehend fehlende Rück- oder Umbau von veralteten Produktionsanlagen und Infrastrukturen – siehe den jahrzehntelangen Rückbau von Atomkraftwerken und die ungelöste Lagerung von Atommüll. Baustoffersatz (z.B. für Beton) ohne erneute ökologische Folgeschäden (Übernutzung von erneuerbarem Energie- und Baustoff wie Holz) gestaltet sich auch schwierig. Unvollständiges Kunststoffrecycling und die (Plastik)vermüllung unserer Welt ist ebenfalls ein Hindernis auf dem Weg zu vollständigen Wiederverwertungskreisläufen. Die Industrie müsste konsequent zu einem

ökologischen Produkt- und Verpackungsdesign mit vollständiger Recyclingmöglichkeit „gezwungen“ werden und wir als Konsumenten müssten uns das „verpackungslose“ Einkaufen angewöhnen. Zur Verlangsamung von Produktionszyklen in Verbindung mit dem mentalen Wandel vom Wegwerfen zum Reparieren könnte die Vermietung anstatt des Kaufes von Haushaltsgeräten dienen, wodurch die Unternehmen mehr an der Langlebigkeit ihrer Produkte interessiert wären.

Themeneignung für Attac: gering – da für eine kundige konkrete Forderungskampagne den Attacies i.d.R. die Grundlagenkenntnisse in Chemie, Baustoffkunde und Recyclingverfahren fehlen oder für sie nur aufwändig anzueignen wären.

Gemeinwohlorientiertes und nachhaltiges Unternehmenshandeln und Bankensystem

Wenn diese Umorientierung der Zwecke wirtschaftlichen Handelns weg von der Profitmaximierung und Aktionärsversorgung hin zu einer ausreichenden und bedarfsorientierten Versorgung der Bevölkerung und somit hin zu einem Wohlstand, der für alle auf der Welt ein „gutes Leben“ ohne überzogene konsumistische Ansprüche ermöglicht, gelingen soll, bedarf es massiver (auch internationaler) staatlicher Lenkung, auch „Freiheitseinschränkungen“ für die Bürger – und wenn es „nur“ ein Tempolimit oder das Verbot von Inlandsflügen wäre. Alternativ wäre eine Regulierung über den Preis denkbar, der die Internalisierung sämtlicher Umweltkosten entlang der globalen Lieferketten vornimmt und somit wirtschaftliche Anreize setzt, die Umweltbelastung zu senken. Insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und im Baugewerbe würde die Berücksichtigung der Umwelt- und Klimakosten zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern führen. Die Durchforstung der umweltschädlichen Subventionen wäre dringend notwendig – die für den Verkehr sind seit 2012 sogar gestiegen.

Eine Haftung von Konzernlenkern, hohen Mandats- und Entscheidungsträgern mit Teilen ihres privaten Vermögens für Folgeschäden gravierender oder korruptionsverdächtigter Fehlentscheidungen würde für ihren bewussteren Umgang mit anvertrauten (Steuer)geldern sorgen. Dazu müssten die Bundesrechnungshöfe nicht nur mit Kontrollfunktionen, die sie bisher infolge ihrer geringen personellen Ausstattung nur ungenügend wahrnehmen konnten, sondern auch mit Sanktionskompetenzen ausgestattet werden.

In der Debatte über die Verringerung der Wachstumsimperative wird argumentiert, dass die Geldschöpfung mit der Verzinsung der Kredite durch kommerzielle Banken ohne Wachstum nicht funktioniert und zu Instabilität führt, da Zinszahlungen nicht mehr bedient werden können und Schulden sich aufhäufen. Neue ökonomische Simulationen der Interaktion zwischen Geldkreislauf und Realwirtschaft haben aber gezeigt, dass verzinsliche Schulden bei einer Reform des Geldsystems nicht völlig eliminiert werden müssen, wenn eine resiliente oder (quasi)stationäre Volkswirtschaft das Ziel ist. Die Abtretung der Geldmengenkontrolle an private Interessen hat in den letzten Jahrzehnten zu der Destabilisierung der Finanzmärkte und Verzerrung der Investmentmärkte geführt. Das Bankensystem muss daher auf seine eigentliche Aufgabe der Kreditversorgung der Realwirtschaft und der Guthabenverzinsung der Bürger zurückgeführt und seine spekulativen Geschäftsfelder durch das Verbot bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Hochgeschwindigkeitshandels und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest für Derivate zurückgedrängt werden. Auch die Vergabe von Krediten kann mit sozialen und ökologischen Auflagen unter Ausschluss spekulativer Finanzinvestitionen belegt werden.

Themeneignung für Attac: hoch – da der Zugang zu verschriftlichten Verordnungen, Gesetzestexten und Planungen grundsätzlich eher möglich ist als zu spezifischem Fachwissen.

d) Diestabilisierende Rolle des Staates und der Schutz des „Allgemeinguts“ Grundversorgung

Wie schon Keynes prophezeite und es Simulationen bestätigten, hat die Ausgabenpolitik des Staates die Macht, die Wirtschaft zu stabilisieren oder auch zu destabilisieren. Insbesondere eine „antizyklische“ Ausgabenstrategie wirkt beruhigend auf die Wirtschaft – Erhöhung öffentlicher Ausgaben bei sinkender Wirtschaftsleistung und Reduktion öffentlicher Ausgaben bei steigender Leistung.

Die moderierende Rolle der Staatsausgaben kann auch beim Übergang von einer wachstumsbasierten zu einer stationären Wirtschaft zum Tragen kommen.

Eine sowohl verantwortliche als auch effiziente wirtschaftliche Verwaltung und Sicherung der „Allmende“, dem gemeinschaftlichen Ressourcenpool, die zwischen den Polen Verstaatlichung und Privatisierung oszilliert, lässt sich möglicherweise durch gemeinschaftliche Verwaltung auf verschiedenen Ebenen mit geteilten Rechten unter Unterstützung des Staates verwirklichen.

Themeneignung für Attac: hoch – da die Aufklärung einerseits über die Sinnhaftigkeit staatlicher Regulierung – auch der Freiheiten seiner Bürger – und andererseits über die Intransparenz der Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik demokratiestärkend sein kann. Zudem ist der Einsatz für Grundversorgung und Altersvorsorge gut vermittelbar.

e) Beseitigung von Hindernissen fairer internationaler Zusammenarbeit

Die schrittweise Annäherung des Lebensstandards zwischen den armen und reichen Ländern wird nicht ohne Verzicht auf selbstverständliche Konsumgewohnheiten in den reichen Weltregionen (Stichwort Fleischverbrauch und übermäßige Flächennutzung durch Futtermittelanbau) und die Verteuerung der Produkte durch gerechtere Entlohnung der Beschäftigten am Anfang der Lieferketten gehen, wodurch die Bevölkerung in den reichen Ländern in ihrer bewussteren und weniger konsumistischen Auswahl materieller Güter bestärkt wird. Prämisse dafür ist allerdings eine schon ausgeprägtere Dienstleistungswirtschaft, in der materieller Konsum keinen so hohen Stellenwert mehr hat.

Wie die Einhaltung von Menschenrechten hinsichtlich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und ggf. entsprechender Unterbringungen der in den Subunternehmen Beschäftigten in den kompletten Lieferketten überprüft und Verstöße gegen Menschenrechte sanktioniert werden sollen, muss in weiteren Verbesserungen des Lieferkettengesetz verfolgt und verankert werden.

Hinsichtlich der fairen Gestaltung von Freihandelsverträgen enthält das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zwar Anti-Dumping-Bestimmungen, aber vor der Erhebung von Antidumpingzöllen ist ein Nachweis des Dumping-Tatbestandes zu erbringen und verfahrensrechtliche Schritte einzuleiten. Lohn-, Umwelt- oder Sozialdumping wird vom Antidumping-Übereinkommen nicht erfasst, so dass es auch hier der Nachbesserung bedarf.

Handelsabkommen zwischen wirtschaftlich gleichrangigen Partnern (z.B. TTiP oder CETA), die nicht nur den Interessen von Großkonzernen dienen, sollten transparent und öffentlich einsehbar mit dem Primat der Erhaltung politischer und Verbraucherschutzorientierter Freiräume und der Interessen der Bevölkerungen verhandelt und nicht von Lobbyverbänden und Vertretern mächtiger Konzerne entworfen werden.

Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank werfen Globalisierungskritiker und Umweltorganisationen vor, dass es bei Hilfen für arme Länder vor allem darum gehe, die Kredite von Banken und Industriestaaten vor einem Ausfall zu schützen. Tatsächlich sind die meisten ihrer Kredite an strenge Auflagen gebunden. Besonders kritisiert werden die sogenannten Strukturanpassungsprogramme. Darin gibt man den Schuldnerländern häufig vor, Staatsausgaben wie Sozialleistungen drastisch zu kürzen, staatliche Betriebe schnell zu privatisieren und Handelsschranken abzubauen.

Attac fordert in diesem Zusammenhang ein internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen mit substantiellen

f)

Schuldenerlassen, die der Bevölkerung und nicht den korrupten Eliten zu Gute kommen.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einem fairen Welthandel sind die Investitionsschutzabkommen. Z.B. der Energiecharta-Vertrag ist ein bisher wenig bekannter Investitionsschutzvertrag. Unterschrieben haben ihn Anfang der 1990er Jahre einst alle EU Staaten, auch Deutschland. Mittlerweile ist klar: Die Energiecharta hat eine ganze Reihe von Problemen. Der Vertrag ist einseitig, denn nur Unternehmen können Staaten verklagen. Der Vertrag ist schwammig formuliert und so ein Einfallstor für klagende Investoren. Die Schiedsgerichte tagen im Geheimen. Häufig ist weder die Klageschrift noch die Klageerwiderung bekannt. In einigen Fällen wird nicht einmal öffentlich, dass es überhaupt ein Verfahren

gibt. Und wenn ein Staat von diesen geheim tagenden Gerichten zu einer Milliardenzahlung verurteilt wird, kann er sich nicht dagegen wehren. Eine Revision, eine Überprüfung vor einem ordentlichen Gericht: kaum möglich.

Themeneignung für Attac: mittel – da die Einarbeitung in die Welthandelsordnung nicht unmöglich, aber doch ziemlich aufwändig erscheint.

Regionalisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung

Ein in den Postwachstumsökonomien angedachter Ansatz zur Verkürzung von klimaschädlichen Transportwegen und zeitintensiver (Arbeits)mobilität, zur Zusammenführung und Belebung urbaner Lebenswelten (wie Wohnen, Arbeiten, Versorgung und kulturelle Begegnung) sowie zur unmittelbareren basisdemokratischen Mitbestimmung über örtliche oder kommunale Haushaltsmittelverwendung und Projektfinanzierung ist die Dezentralisierung und Regionalisierung politischer Entscheidungsprozesse. Dazu gehört auch das Nachdenken über saisonale Lebensmittelversorgung durch den ökologisch anbauenden Landwirt vor Ort anstatt dem jahreszeitunabhängigen Konsum von Obst- und Gemüsesorten, die energieaufwändig und mit hohem Wasserverbrauch produziert und über weite Strecken transportiert werden müssen. Auch die Energieversorgung auf örtlicher Ebene mit Biogasanlagen und Mini-Kraftwerken funktioniert mittlerweile grundsätzlich schon ganz gut, wenn auch der flächendeckende Ausbau noch nicht sehr fortgeschritten ist.

Themeneignung für Attac: gering – da die Suche nach geeigneten Lösungsansätzen hinsichtlich nachhaltiger agrarischer Anbaumethoden und zukunftssträchtiger Energieformen spezielles Fachwissen erfordert, über das Attacies i.d.R. nicht verfügen.

Sonderthema Entmilitarisierung und internationales Konfliktmanagement:

Weltweite Sicherheitsarchitektur und Abrüstung

Hier seien nur zwei mögliche Ansätze genannt:

- verpflichtende Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) durch alle Staaten
- Schwächung des Vetorechts im UN-Weltsicherheitsrat

EÄ49–56

Vorschläge zum Entwurf „Globalisierungskritik neu denken“

Antragssteller: Matthias Jochheim, BAG GuK

hier zu zwei Themenbereichen: Krieg und Militarisierung - sowie- Demokratie

4. Krieg und Militarisierung (alternative Formulierungen kursiv)

EÄ49

477- 481 Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden meist *in den Medien* wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. **So ist der völkerrechtswidrige Jugoslawienkrieg der NATO 1999 weitgehend verdrängt. ...**

.....Deutschlands rücken lassen, *während der Afghanistankrieg zu- nehmend verdrängt wurde und wird.*

EÄ50

498-501 .. andauert. **In der Wirtschaftskrise ist Militarisierung und Krieg ein fataler Pseudo-Ausweg mit abgründigen Gefahren. Die politische Macht des militärisch-industriellen Komplex zeigt sich beim Klimaschutz....**

EÄ51

506 ...*auch* zur Lösung der Klimakrise nötig.

508 für eine *friedliche, demokratische*.... Und zivile Konfliktlösungen
Übernommen

EÄ52

512-515 ...ist möglich! „*Sicherheit neu denken*“ – *jenseits von Aufrüstung und Krieg: dieser Anstoß wird auch von Attac in den Vordergrund gerückt. Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakrise, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle, und vielfältige Kunst und Kultur.*

EÄ53

520-523

...Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. *Statt des deutschen Anspruchs, eine militärische Führungsmacht zu werden, treten wir für radikale Abrüstung und Auflösung des NATO-Kriegsbündnisses ein.* Die Militarisierung der Außenpolitik muß beendet

EÄ54

533-534

....Russland, Myanmar, Äthiopien, Afghanistan, *Saudi-Arabien* oder in Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch. – (*streichen: nationaldenkende Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab*).

EÄ55

540-541 Globale Abrüstung

...Rüstungskontrolle *muß endlich wieder hergestellt, verteidigt, angewendet, und erweitert werden.*

EÄ56

751 8.Demokratie (hier der Entwurf für eine kurze Einleitung zum Demokratie-Kapitel, mit etwas mehr Emphase, als in der bisherigen Version)

Demokratie heißt Volksherrschaft, das bedeutet: Selbstbestimmung der Menschen über alle ihre Lebensbereiche. Die bürgerliche Demokratie, so schätzenswert ihre Freiheitsrechte gegenüber feudalen Regimen und anderen Formen der Zwangsherrschaft auch sein mögen, weist einen schwerwiegenden Mangel an gesellschaftlicher Selbstbestimmung auf, nämlich die absolute Vorherrschaft der dominierenden Klasse – der Kapitaleigner- über die wesentlichen ökonomischen Prozesse und deren Akteure. Dies ist bis heute ein bleibendes Hindernis für eine dauerhaft tragfähige, zukunftsfähige Entwicklung im Interesse der großen Mehrheit der menschlichen Bewohner dieses Globus. Der im Kern unendliche Akkumulationszwang des kapitalistischen Prinzips gerät immer deutlicher an die Grenzen der Tragfähigkeit des Ökosystems Erde. Und es zeigt sich, dass trotz aller akkumulierter wissenschaftlicher Kenntnis die gesellschaftlichen Eliten nicht in der Lage sind, die lange bekannten entschiedenen Schritte zu einer den begrenzten Ressourcen entsprechenden Produktions- und Reproduktionsweise zu gehen. Hier ist offenbar ein fundamentaler sozialer Wandel unabdingbar, wenn weitere globale Katastrophen abgewendet – oder zumindest abgemildert werden sollen.

- In einer ganz anderen, tiefgreifenden Dimension muß also das Motto des damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzlers Brandt wieder aufgegriffen werden: „Mehr Demokratie wagen“.